Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 169

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 13. April

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 80 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Entente in Verlegenheit

Die 50prozentige Ausfuhrabgabe undurchführbar

Die Regelung der Ausfuhrabgaben

w. Berlin, 12. April.

Aus London wird gemeldet: Der Board of Trade hat zwei Verordnungen erlassen, die gewisse Erleichterungen in der Durchführung des Wiedergutmachungsgesetzes gewähren. Insbesondere wird der Termin für die Einfuhr der vor dem 8. März in Deutschland angekauften Waren bis zum 15. Mai hinausgeschoben, vorausgesetzt, daß mindestens 20 Prozent des Kaufpreises vor dem 8. März bezahlt worden sind und das Eigentumsrecht an den Waren von diesem Tage an auf die nichtdeutschen Staatsangehörigen übergegangen war. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß der deutsche Exporteur lediglich Rechnungen in drei Ausfertigungen einzuwenden hat. Für den übrigen Teil der Durchführung des Gesetzes ist nicht er, sondern der englische Importeur verantwortlich.

Französische Bedenken?

w. Paris, 12. April.

„Havas“ zufolge hat der Finanzausschuß der Kammer gestern nachmittag mit drei gegen zwei Stimmen beschlossen, den Regierungsentwurf betreffend die 50prozentige Einfuhrabgabe auf Waren deutschen Ursprungs zur Diskussion zu stellen. Von den 44 Mitglieder der Kommission waren nur 13 anwesend, von denen sich 8 der Abstimmung enthielten. Diese letzteren sowie die beiden Mitglieder, die gegen eine Diskussion stimmten, begründeten ihre Stellungnahme damit, daß sie ihre Vorbehalte bezüglich der wirtschaftlichen Rückwirkungen der geplanten Maßnahmen und besonders bezüglich der Verteilung der erhobenen Abgaben hätten zum Ausdruck bringen wollen. mit nur drei Stimmen bei sonstigen Stimmenthaltungen, die

Der Beschluß der Finanzkommission der französischen Kammer Debatte über die Ausfuhrtaxe in Angriff zu nehmen, hat in der Kammer großes Aufsehen hervorgerufen. Man erklärt allerdings, daß der Gesetzentwurf, der heute in Beratung genommen werden soll, Annahme finden wird, verhehlt sich aber das Mißvergnügen über diese Ausfuhrtaxe keinesfalls, zu der man durch Englands Willen veranlaßt worden sei. Die Abgeordneten verbargen bei der gestrigen Debatte ihre Vorbehalte auch nicht. Man betonte, daß das wirtschaftliche Leben Frankreichs dadurch außerordentlich schwer mitgenommen werden könnte. Würde von den Alliierten ein gemeinsamer Fonds der eingenommenen Beträge geschaffen und sodann nach dem in Boulogne geschaffenen Schlüssel die Verteilung vorgenommen, so würde das Gesetz in der Kommission bei der Debatte weiteren Schwierigkeiten begegnen. Man erwartet für heute beruhigende Erklärungen des Ministerpräsidenten.

× Mailand, 12. April.

Die Einführung der fünfzigprozentigen Einfuhrabgabe in Italien ist auf unabsehbare Zeit unausführbar geworden, weil die Kammer aufgelöst ist und vor dem Juni nicht wieder zusammentritt. Die Einfuhrabgabe könnte daher nur durch ein königliches Dekret angeordnet werden. Der Ministerrat hat aber gestern beschlossen, daß bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments keine neuen königlichen Dekrete erlassen werden sollen. In der italienischen Kammer und in Handels- und Industriekreisen ist man mit der Wendung der Sache sehr zufrieden. Italien hat sich zwar auf der Londoner Konferenz verpflichtet, die Einfuhrabgaben vor das Parlamnt zu bringen, da aber das Parlament inzwischen aufgelöst wurde, ist es offenkundig, daß Italien seiner Verpflichtung nicht nachkommen kann.

Befremden über Dr. Simons

Die Unterredung, die der Minister des Aeußern Dr. Simons dem Berichterstatter des „Matin“, Herrn Sauerwein, auf seiner Rückfahrt in Bern gewährte, hat in Berlin nach ihrem Bekanntwerden wie ein Schlag ins Wespennest gewirkt. Für kurze Zeit war das allgemeine politische Interesse vom Reiche abgewandt und ging auf Preußen über, wo man die Krisis einer Regierungsneubildung durchmachte und noch mitten drin steckt. Nun ist Herr Simons plötzlich in einer Art an die Oeffentlichkeit getreten, die lebhaftes Befremden hervorgerufen hat. An den Berliner amtlichen Stellen verhält man sich augenblicklich reserviert, vermeidet es, sogenannte „Werturteile“ über die Aeußerungen Simons zu geben und verschiebt die Erörterung der peinlichen Sache lieber, bis der Ministerkollege selbst in Berlin eingetroffen ist. Schließlich kann man aber auch zwischen den Zeilen lesen und zwischen den verlegenen Worten heraushören, daß irgend etwas nicht stimmt. Zwischen Simons und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts scheint doch in der Wiedergutmachungsfrage eine Meinungsverschiedenheit zu klaffen, die noch nicht geklärt ist. Wie kommt sonst Simons dazu, den Satz zu prägen:

„Ich bin nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht zur Wiedergutmachung bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erfüllen will.“

Bekanntlich hat das Kabinett Fehrenbach mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß wir guten Willens sind, bis zur äußersten Grenze Schadenersatz zu leisten. Warum also diese Fanfaren des Herrn Simons, die hier einigermaßen Beunruhigung ausgelöst haben. Die Regierungstätigkeit unserer letzten Zeit ist leider reich an „Mißverständnissen“ gewesen. Auch das Verhalten des Dr. Simons in London ist restlos noch nicht geklärt worden. Daß Herr Sauerwein falsch gehört haben sollte, ist wohl kaum anzunehmen. Mithin dürfte die Verantwortung dafür, daß Simons fernerhin gesagt hat: „Ich bin in London weitergegangen, als mit meinen Instruktionen vereinbar war, weil ich ein Mann bin, der viel mehr das Gefühl unserer Verpflichtungen hat, als diejenigen, die ihre Blicke hauptsächlich auf die innere Politik lenken“, auf das verantwortliche Konto des Außenministers zu setzen sein. Da nun Dr. Simons nach Berlin zurückgekehrt ist, wird es sich nicht umgehen lassen, daß er im Schoße des Kabinetts in ein hochnotpeinliches Kreuzverhör genommen wird.

Dr. Simons hat sich anscheinend gründlich in die Nesseln gesetzt. Um den schlechten Eindruck etwas zu mildern, wird jetzt von zuständiger Stelle bekanntgegeben, daß der Berichterstatter des „Matin“ das Manuskript des Interviews mit dem Reichsminister Dr. Simons dem Minister vor der Weitergabe nach Paris nicht vorgelegt hatte. Infolgedessen sind mehrere Aeußerungen des Ministers entstellt wiedergegeben, vor allem hat Dr. Simons nicht gesagt:

„Ich bin nicht gewillt, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Verpflichtungen bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit erfüllt“,

sondern:

„Ich würde nicht Mitglied einer anderen Regierung sein, die nicht bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit ginge“.

Mit einer derartigen Verlegenheitsausrede ist die Sache für uns nicht abgetan. Obwohl formell die Berichtigung von „zuständiger Stelle“ anders lautet als das von Sauerwein angebotene Zitat, ist es für uns doch ein und dasselbe, ob Herr Dr. Simons so oder so gesagt hat. Im übrigen scheint diese Pressepraxis des Außenministers nicht unbedenklich. Man gibt einem Herrn Sauerwein kein Interview, ohne den Text der Aufzeichnungen genau nachzuprüfen.

*

Wie von zuständiger Seite verlautbart, will der Abgeordnete Dr. Stresemann unmittelbar nach Rückkehr Dr. Simons nach Berlin den auswärtigen Ausschuß zusammenberufen. Auf der Tagesordnung soll die Reparationsfrage stehen. Man hat bei den einzelnen Fraktionen das Gefühl, daß gerade bei dem Verhalten Englands und Frankreichs in letzter Zeit der 1. Mai zu einer schweren außenpolitischen Krise für Deutschland führen muß, wenn es uns nicht gelingt, auf irgendeine Weise Frankreich in den erhobenen Arm zu fallen. Auch will man wegen neuer Vorschläge zur Wiedergutmachung für alle Fälle gerüstet sein. In eingehender Aussprache zwischen dem Auswärtigen Ausschuß und Minister Simons sollen diese überaus wichtigen Punkte erörtert und ihre Lösung vorbereitet werden.

w. Paris, 12. April.

Ueber die Unterredung des Reichsministers Dr. Simons mit einem Vertreter des „Matin“ wird im „Figaro“ gesagt: die Deutschen wollten schärfere Sanktionen, namentlich aber die Besetzung des Ruhrgebiets vermeiden. Dr. Simons fühle, daß die Geduld Frankreichs zu Ende sei, und er rechne weder auf die Unterstützung Amerikas noch auf eine Trennung Englands von seinem Verbündeten. Deshalb suche er Verhandlungen mit Paris über die Wiedergutmachung. Aber solange man rede, werde nicht gehandelt, und Frankreich werde von Deutschland weiterhin als Bankier benutzt.

Der „Gaulois“ stellt die Frage, ob die einfache Drohung mit militärischen Zwangsmaßnahmen Deutschland zur Vernunft bringen solle und seine angeblichen Angebote auch durch die Angst erklären, beim Kragen gefaßt zu werden.

In der „Ere Nouvelle“ wird ausgeführt, Dr. Simons habe erkennen lassen, daß er die Ungeduld und Entschlossenheit des französischen öffentlichen Geistes erfaßt habe. Er wie sein Volk schienen entschlossen zu sein, mit den gewohnten Schikanen der deutschen Diplomatie zu brechen. Es frage sich aber, ob er den Mut haben werde, seine Ansichten durchzusetzen.

Die Kabinettssitzung

die für gestern nachmittag angesetzt war, ist auf heute verschoben worden. Gestern fand eine interne Aussprache der Minister über die gesamte politische Lage statt.

*

Die nächste Reichstagssitzung ist vom Präsidenten Loebe auf den 20. April, nachmittags 3 Uhr anberaumt worden. Auf der Tagesordnung stehen nur kleine Vorlagen und Bittschriften. Der Reichstag wird vom 20. April ab nur 2½ Wochen tagen und bereits am 7. Mai wieder in die Pfingstferien gehen. Nach Pfingsten ist zunächst eine Vertagung von 4 bis 5 Wochen in Aussicht genommen, alsdann sollen längere Sommerferien eintreten, falls die politische Lage diese Dispositionen nicht umwirft.

Von der deutschen Handelsschiffahrt

(Von unserem Hamburger Mitarbeiter.)

III.

Erfreulich und anerkennenswert ist das Bemühen, welche die deutschen Reedereien durch rastloses Arbeiten zeigen, um die deutsche Schiffahrt wieder neu erstehen zu lassen. So haben fast alle deutschen Reedereien von den Neutralen Schiffe gechartert, um den alten Liniendienst welchen sie vor dem Kriege unterhielten, wieder aufzunehmen. Verschiedene Linien haben auch mit eigenen kleinen Dampfern insbesondere den Südamerika-Dienst wieder aufgenommen und es muß für uns ein erhebendes Gefühl sein, die Pressenachrichten zu lesen, die darin übereinstimmen, daß die deutschen Schiffe mit den alten deutschen Farben in Südamerika mit herzlicher Freude begrüßt worden sind und sowohl bei den Behörden als auch bei der Bevölkerung größtes Entgegenkommen allerseits gefunden haben.

Als ein gutes Zeichen für den Wiederaufbau unserer Handelsflotte dürfen wir ferner die in letzter Zeit für deutsche Rechnung auf deutschen Werften stattgefundenen Stapelläufe kleinerer und größerer Handelsschiffe ansehen. Wenn diese auch nicht mit den Schiffen der Vorkriegszeit zu vergleichen sind, da sie sowohl die luxuriöse Ausstattung, als auch die Größenverhältnisse jener entbehren, so dürfen wir sie aber als die Vorboten einer neuen, besseren Zeit begrüßen.

Verkehrt aber wäre es, sich in Anbetracht dieser erfreulichen Tatsachen der Erwartung hinzugeben, daß wir uns von heute auf morgen eine Handelsflotte schaffen könnten, welche derjenigen der Friedenszeit gleicht; könnten wir dieses aber, so würden wir dieselbe infolge der durch den Krieg und des nachfolgenden Schandvertrages geschaffenen Lage im Augenblicke gar nicht voll ausnützen können, da eben die heutigen Verhältnisse gegenüber denen der Vorkriegszeit völlig andere sind.

Das Grundhindernis für den raschen Wiederaufbau ist auch hier wie für jeden anderen Zweig der deutschen Wirtschaft der Versailler Schandvertrag; sind doch die Valutafrage, der Rückgang der Arbeitskraft, Rohstoffmangel und nicht zuletzt die vertraglich festgelegten, die Schiffahrt betreffenden direkten Bestimmungen, welche offensichtlich schon den Gedanken der Wiederentstehung einer starken deutschen Handelsflotte schon im Keime ersticken, die Ursachen, welche der mühseligen Arbeit der deutschen Schiffahrtskreise starke Hemmnisse in den Weg legen.

Auch der Ausfall des Passagier-, insbesondere des Auswandererverkehrs würde sich in deutschen Schiffahrtskreisen deutlich fühlbar machen; infolge des niedrigen Valutastandes dürfte er aber auch in absehbarer Zeit keine Besserung erfahren. Ebenfalls wird die Wiederanknüpfung der durch den Krieg zum Teil unterbrochenen oder gänzlich abgebrochenen Handelsbeziehungen noch längere Zeit beanspruchen, so daß eine deutsche Handelsflotte im Augenblicke unter Frachtenmangel zu leiden hätte. Trotz der zuletzt angeführten Gründe dürfen wir selbstverständlich nicht glauben, daß deutsche Schiffe der Untätigkeit unterworfen seien, wir müssen auch hier damit rechnen, daß eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wir eine starke Handelsflotte wiederaufzubauen imstande sind, und daß sich bis zu diesem Zeitpunkte die Verhältnisse gebessert haben können. Vor allem muß die Regierung ihr Möglichstes tun, um den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu fördern. Eine starke Handelsflotte ist für einen Staat die Quelle einer gesunden Volkswirtschaft; sie ist der Grund, auf dem sich Handel und Industrie, Wohlstand und Reichtum eines Landes aufbauen. Der Schiffe bedient sich der Kaufmann, um seine Waren aus fremden Ländern heranzuholen. Der Verkehr mit fremden Nationen bildet freundschaftliche Beziehungen heraus, die für beide Teile sehr wertvoll sein können, insofern sich Handelsverträge, Verschmelzung einzelner Handelsfirmen zwecks gemeinsamer Ausbeutung bestimmter Industrie- und Handelszweige, Erschließung neuer Einnahmequellen durch finanzielle Beteiligung an einzelnen Unternehmen aus ihm entwickeln können. Solche freundschaftlichen, geschäftlichen Bande aber können der äußeren Politik des deutschen Staates und der Erreichung bestimmter Ziele nur förderlich sein.

Durch den Umstand, daß heute fremde Reedereien unsere Ueberseeverfrachtungen vornehmen, gehen dem eigenen Lande ungeheure Vermögenswerte verloren. Andererseits macht uns dieses Verhältnis vom Auslande abhängig, indem es den Alliierten jederzeit möglich ist, eine genaue Kontrolle unserer Ein- und Ausfuhr auszuüben, einen genauen Einblick in unsere Handelsbeziehungen zu tun, wodurch der Handelsspionage Vorschub geleistet und uns sehr viel Schaden zugefügt werden kann.

Wir werden hart kämpfen müssen, um die deutsche Flagge wieder in der Welt zu zeigen. Insbesondere werden unsere Schiffahrtslinien — wie es sich jetzt schon zeigt —, gegen die durch die Gewinne des Krieges und die Einverleibung unserer Handelsschiffe stark gewordene feindliche Konkurrenz sehr schweren Stand haben, dennoch wollen wir die feste Zuversicht haben, daß es der deutschen Kraft und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104131-10/fragment/page=0001

Dem deutschen Geist gelingen wird, sich auch gegen die Fesseln des Versailler Vertrages zu behaupten und die alten deutschen Farben, mit ihnen aber auch den deutschen Ruf bald wieder in die Welt zu tragen.

Die letzten Leidenstage der Kaiserin

b. Rotterdam, 12. April.

Zahlreiche Freunde und Bekannte des Kaisers aus der Nachbarschaft kamen gestern im Laufe des Tages in Automobilen nach Doorn, um sich in die ausgelegte Beileidsliste einzuzeichnen. Ueber die Vorgänge in den letzten Tagen wird aus Schloß Doorn keine offizielle Auskunft erteilt. Die Gräfin Keller und die Gräfin Nankau, die während der letzten Nächte und im letzten Augenblick am Lager der Kaiserin weilten, wurden auf einem Spaziergange gestern von Zeitungskorrespondenten mit Fragen bestürmt. Sie lehnten aber ebenfalls jede Auskunft ab, nur als einer der Korrespondenten fragte, wie der Kaiser den Schlag ertrage, antwortete die Gräfin Keller, man werde sich vorstellen können, was ein Mann empfinde, dem der Tod das Teuerste, was es für ihn auf der Welt gab, genommen habe. Von anderer Seite wird weiter gemeldet, der Zustand der Kaiserin hatte sich am Donnerstag so verschlimmert, daß man der in Wien weilenden Herzogin von Braunschweig telegraphierte. Am Freitag trat eine Besserung ein, so daß die Tochter des Kaiserpaares ihre Abreise aus Wien verschieben konnte. Der Sonnabend und Sonntag verliefen verhältnismäßig gut, und am Sonntag abend schien der Zustand verhältnismäßig befriedigend, so daß der Arzt hoffte, die Leidende noch einmal über die Herzkrisis hinwegbringen. Erst am Montag morgen zwischen 4 und 5 Uhr machten sich Anzeichen bemerkbar, daß das Ableben nahe bevorstehe. Kampfereinspritzungen halten keine Wirkungen mehr, das Bewußtsein kehrte nicht zurück. Gegen 6 Uhr stockte Herzschlag und Atmung, und um 6 Uhr 10 Min. mußte der Arzt den Tod feststellen. Der Kaiser und Prinz Adalbert hatten die ganze Nacht am Krankenlager verbracht. Der Kronprinz ist gestern abend aus Wieringen in Doorn eingetroffen, ebenso Exzellenz von Berg aus Berlin. Prinz Oskar wird heute erwartet. Die Trauerfeierlichkeit für die Familie wird am Donnerstag früh in Doorn stattfinden, der Kaiser und der Kronprinz werden die Leiche, wie weiter verlautet, bis Baarn geleiten, wo die Nebenbahnstrecke in die Hauptbahn mündet.

*

Ueber die letzten Leidenstage der Kaiserin erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Seit Anfang dieses Monats war der Zustand der hohen Frau so kritisch, daß die Aerzte stündlich mit dem Ableben rechneten. Seit acht Tagen rang die Kaiserin außerordentlich schwer. Wurde die Leidende bei besonders mildem Wetter auf die Veranda getragen, so glitt ihr Blick in die Ferne, und wie ein Hauch kam es von ihren Lippen: „Warum darf ich meine Heimat nicht wiedersehen!" In den langen Wochen des schweren Leidens wich der Kaiser nur auf wenige Stunden Schlafes von dem Schmerzenslager seiner Gemahlin. Er umgab die Kranke mit liebevoller Fürsorge. Die hohe Frau hielt fast ständig die Hand des Kaisers in der ihren, und wenn sie sprach, gab sie der Sorge um den Kaiser Ausdruck. Die hohe Frau wußte, daß ihr Leben zu Ende ging, doch unaufhörlich wiederholte ihre zitternde Stimme dem Kaiser gegenüber: „Ich kann nicht sterben; ich kann dich nicht allein lassen! Was soll aus dir werden!" Dieser Gedanke fachte die Willenskraft der Schwerleidenden immer wieder an, dem Tode zu widerstehen, bis dieser jetzt ihr verglimmendes Lebenslicht auslöschte.

*

Im Einvernehmen mit dem ehemaligen Oberhofmarschallamt wird folgendes bekanntgegeben: Die Beisetzung der verstorbenen Kaiserin ist als eine Feier für die Familie der Dahingeschiedenen und einen beschränkten Kreis besonders Geladener geplant. Die Einladungen zu der Feier ergehen ausschließlich durch das ehemalige Oberhofmarschallamt. Die Karten hierzu werden angesichts der Raumverhältnisse in Potsdam nur in ganz geringer Zahl ausgegeben werden.

w. Haag, 12. April.

Das Korr.-Bureau teilt mit: Vorbehaltlich etwaiger Aenderungen ist beabsichtigt, dem deutschen Kaiser und dem Kronprinzen zu gestatten, die Leiche der verewigten Kaiserin bis zur Station Baarn zu begleiten (Bahnstation der Linie Amsterdam—Emmerich).

Stegerwalds „Geschäftsministerium"

b. Berlin, 12. April.

Die Bemühungen des Ministerpräsidenten Stegerwald um eine Koalition auf „breiter Basis", von den Mehrheitssozialisten bis zur Volkspartei, werden durch den Parteistandpunkt der ersteren erheblich erschwert. Stegerwald hatte den Fraktionen der alten Koalition die Entscheidung über ihre Haltung gegenüber seinem Plan bis heute vormittag abverlangt. Wie wir erfahren, ist durch den hartnäckigen Widerstand der Sozialdemokraten die Bildung einer erweiterten Koalition als gescheitert anzusehen.

Die Sozialdemokraten berufen sich heut. im „Vorwärts" auf feste Bindungen des Zentrums-Fraktionsvorstandes dahin, daß Stegerwald kein Kabinett schaffen werde, das nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie fände. Demgegenüber möchten wir im Einklang mit unseren bisherigen Ausführungen hier nochmals betonen, daß sich der Fraktionsvorsitzende, Dr. Porsch, keinesfalls gegenüber der S. P. D. gebunden hat. Richtig ist allerdings, daß einer der anderen Zentrums-Unterhändler, der der S. P. D. durch seinen Beruf nähersteht, aus der Reihe getanzt hat.

Die Lage ist nun so, daß Stegerwald seine Verhandlungen noch einer anderen Richtung hin wird fortsetzen müssen, nämlich mit dem Ziel: Geschäftsministerium mit politischer Durchmischung. Zu diesem Zwecke finden heute nachmittag neue Besprechungen statt.

Auch von anderer zuständiger Seite wird bestätigt, daß Ministerpräsident Stegerwald bei seiner Berufung zur Kabinettsbildung gegenüber den Parteien keine Bindung eingegangen ist; schon deswegen nicht, weil er bis Freitag nachmittag nicht daran dachte, in das neue Preußenkabinett einzutreten. Erst am Freitag nachmittag seien die Parteien an ihn herangetreten mit der Bitte, das Ministerpräsidium zu übernehmen. Und am Sonnabend früh endlich um ½11 Uhr habe das Zentrum beschlossen, ihn zu präsentieren.

Ministerkrise in Sachsen

w. Dresden, 12. April.

Wie Wolffs Sächsischer Landesdienst meldet, hat Justizminister Dr. Harnisch dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, er habe die Absicht, dem Gesamtministerium um seine Entlassung zu bitten. Dr. Harnisch hat inzwischen einen kurzen Urlaub angetreten. Seine Vertretung hat für diese Zeit Finanzminister Held übernommen.

Heim- und Flurschutz

Die anhaltische Regierung hat den Gemeinden anheim gestellt, durch Bildung von örtlichen Heim- und Flurschutzverbänden ihr Eigentum selbst zu schützen. Die Mitglieder dieser Schutzverbände sollen auch das Recht zum Waffenbesitz haben, verdächtige Personen anhalten und durchsuchen dürfen. Eine große Anzahl anhaltischer Gemeinden hat bereits derartige Schutzverbände gegründet.

Die bayerische Einwohnerwehr

w. München, 12. April.

In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages stand die Einwohnerwehrfrage zur Beratung. Im Laufe der Sitzung bemerkte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zu dem Standpunkt, den die Staatsregierung heute in der Einwohnerwehrfrage einnimmt, u. a. folgendes: Grundlegend ist, der bewaffnete Selbstschutz ist und bleibt eine vorübergehende Hilfseinrichtung polizeilichen Charakters. Solche Einrichtungen sind auch anderwärts, z. B. in England, Amerika und Italien, nicht unbekannt. In dem Maße, als der Staat nach und nach erstarkt, wird das Bedürfnis nach bewaffnetem Selbstschutz aufhören und damit die Einwohnerwehr von selbst wieder verschwinden. Das ist die natürliche Lösung der Entwaffnungsfrage, der unsere Gegner, weil sie Wesen und Ziele unserer Einwohnerwehr verkennen, leider immer noch eine Bedeutung beimessen, die ihr in Wirklichkeit gar nicht zukommt.

Die Entscheidung über Oberschlesien

Politische Drohungen.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Zürich, 13. April.

Der deutsche Delegierte, Herr von Mutius hat Ende voriger Woche im französischen Ministerium des Aeußern die deutsche Note überreicht, in der auf Grundlage der Volksabstimmung das Recht Deutschlands auf ganz Oberschlesien dargelegt wird. Die Interalliierte Kommission ist nunmehr unter Vorsitz des Generals Le Rond zusammengetreten, um über die oberschlesische Frage zu beraten. Le Ronds verschiedene Reden, die er inzwischen in Paris gehalten hat, sind ja in Deutschland bereits bekannt. Interessant ist nur die Tatsache, daß die Interalliierte Kommission erklärt hat, vor Mitte Mai über die endgültigen Grenzen von Oberschlesien keine Entscheidung treffen zu können.

Einem Bericht des halbamtlichen Warschauer „Expreß" ist zu entnehmen, daß in einer riesigen Volksversammlung in Warschau ein Beschluß gefaßt wurde, worin gefordert wird, daß der polnische Teil Oberschlesiens bis zum 1. Mai an Polen angeschlossen werde, widrigenfalls das polnische Volk auf eigene Verantwortung Oberschlesien besetzen wolle.

Unterstützung der Schutzpolizei bezweckt folgender deutschnationale Antrag:

Das Staatsministerium wird aufgefordert, mit Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

a) die Pensionsansprüche der Schutzpolizeibeamten geregelt werden und

b) darüber hinaus die Schutzpolizeibeamten und deren unterhaltungsberechtigte Angehörige bei Unfällen im Dienst, die dauerndes Siechtum oder Tod im Gefolge haben, in ausreichender Weise sichergestellt werden.

Dem Reichstagsabgeordneten Geh. Justizrat Dr. Kahl wurde von der vereinigten juristischen und philosophischen Fakultät der Universität Berlin die Würde eines Ehrendoktors der Staatswissenschaft verliehen. Geheimrat Kahl besitzt den theologischen, medizinischen und philosophischen Ehrendoktorgrad.

Pressetelegramme nach Polen. Von jetzt ab werden Pressetelegramme nach Polen zu ermäßigten Wortgebühren angenommen. Die Gebühr beträgt bis auf weiteres 1,15 Mark. Nach den vormals deutschen Landesteilen gilt die innerdeutsche Gebühr.

Großfeuer. Am Sonnabend nachmittag brach in der Bützower Filiale der Stettiner Papierfabrik Großfeuer aus, das infolge des herrschenden Sturmes gewaltigen Umfang anzunehmen drohte. Unter tatkräftiger Mithilfe der Rostocker Feuerwehr wurde der Brand nach hartem Kampf auf seinen Herd beschränkt.

Zur preußischen Verfassung hat der bekannte Berliner Staatsrechtslehrer Professor Bornhak bei H. W. Müller in Berlin SW 68 Erläuterungen erscheinen lassen, die die wesentlichen Auslegungsgrundsätze kurz und deutlich hervortreten lassen. Die Einleitung gibt eine übersichtliche Geschichte der preußischen Staatsverfassung. Das Buch ist besonders bemerkenswert durch die unbekümmerte und scharfe Kritik, die an der jetzigen Verfassung geübt wird. Es ist darin ein Seitenstück zu der Bornhakschen Ausgabe der Reichsverfassung, die kürzlich in zweiter Auflage erschien. Es kostet 8,80 Mark.

— Universitätswoche in Leipzig. Der akademische Senat der Universität Leipzig läßt eine Einladung zu einer Leipziger Universitätswoche vom 22. bis 29. Juni ergehen. Die Einladung wendet sich in erster Linie an die Volksgenossen diesseits und jenseits der Reichsgrenzen, sodann aber besonders an die Männer und Frauen befreundeter Völker, die sich mit uns eins fühlen in der Wertschätzung wissenschaftlicher Gesinnung und kulturfördernder Arbeit. Die Universitätswoche soll dazu beitragen, die gelösten oder gar zerrissenen Beziehungen zu den Völkern zu befestigen und zu erneuern. Paßerleichterungen hofft man ähnlich wie zur Leipziger Messe zu erwirken.

tzk. Vom Gregoriusfest. In der „Thüringer Kirchengeschichte", verfaßt vom Pfarrer Gebhardt in Molschleben, findet sich folgende Nachricht über dieses uralte, jetzt nur noch in Stadtilm und Koburg begangene Fest: Es fand in ganz Thüringen am 12. Mai statt. Die ganze Schule ging zur Kirche, ein Geistlicher hielt eine Ansprache, Gregoriuslieder wurden gesungen, ein Schüler hielt eine Rede. Darauf zogen die Schüler mit fröhlichen Gesängen durch die Stadt, Gaben heischend und Geschenke sammelnd, voran ein als Engel verkleideter Knabe, welcher auf einem Bischofsstab eine mit Blumen und Bändern verzierte Brezel trug, ein Knabe als Bischof, zwei als Priester, einer als König; die Kinder im Zuge verkleidet als Schäfer, Jäger, Soldaten, Handwerker, Hanswürste und Affen. Die neuaufnehmenden Knaben, die sogenannten Gregorianer, wurden in eine Art Thorbemb eingeleidet, aus ihren Wohnungen abgeholt und mit Gesang in die Schule eingeführt.

„Gewidmet von den Angestellten." In welcher Art mit dem Namen großer Arbeitnehmergruppen Mißbrauch getrieben wird, beweist ein Vorfall, der sich anläßlich der Beerdigung des Elektrikerführers Sülk in einem großen Motorenwerk zugetragen hat. Bei dieser Beerdigung gab es einen Kranz, auf dessen Schleife es hieß: „Feig das Gesindel, das dich erschlug im Kampfe gegen die Tyrannenbrut. Du mußtest bluten und ginnst in den Tod. Wir sind zum Kampfe, zur Rache bereit. Gewidmet von den Angestellten und der Arbeiterschaft der . . . Fabrik." Eine zur Klarstellung einberufene Versammlung sämtlicher Angestellten zeitigte das Ergebnis, daß mit ganz wenigen Ausnahmen niemand Kenntnis von der beabsichtigten Kranzspende hatte, und daß insbesondere der Vorstand der Widmung keinesfalls die Zustimmung der Angestellten fand.

Die Erbin von Lohberg

(15.) Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Wahrhaftig? Meinen herzlichsten Glückwunsch!"

„Na, soweit sind wir noch nicht, denn der Forstmeister hat darüber noch ein Wort mitzureden. Verzeihen Sie mir, daß der Mund mir davon zu dieser Stunde übergelaufen ist — eine schlechte Gewohnheit von mir. Was ich eigentlich sagen wollte, — — es freut mich, daß Leonore Lohberg unserer noch gedacht hat, es beschämt mich, weil ich selbst ihr gar nicht so sympathisch gegenüberstand. Sie selbst waren bei ihr, als sie starb?"

„Ja, meine Frau und ich waren bis zuletzt bei ihr. Nach Mitternacht, als wir das Ende schon nahen sahen, wünschte sie noch Doktor Windmüller zu sehen; wir redeten ihr zu, daß dies ja Zeit bis morgen habe, aber sie wußte ja selbst ganz genau, daß es dann zu spät gewesen wäre, und ich mußte gehen, ihn wecken —"

„Den Doktor Windmüller wollte sie sehen?" fiel Frau von Aschau verwundert ein. „Ja, kannte sie ihn denn so genau? Ich meine verstanden zu haben, daß er vor ein paar Wochen zum ersten Male hier war. — Hatte sie ihm denn etwas zu sagen?"

„Es scheint so", erwiderte Grünholz, der sich's bewußt wurde, in der Zerstreutheit mehr gesagt zu haben, als er gewollt. „Was es war, kann ich nicht sagen; denn sie sprach ja so leise, — vielleicht war es etwas, das die Sammlungen ihres Großvaters betraf. Kranke haben ja oft solche nebensächliche Wünsche und Gedanken, die ihnen keine Ruhe lassen. Und nun, gnädige Frau", setzte er in einem anderen Tone hinzu, „nun erwarte ich Ihre Befehle."

„Meine — was?"

„Ihre Befehle. Ich habe die Zeit nach Leonorens Hinscheiden gleich dazu benutzt, den Thronwechsel der zuständigen Stelle gebührend anzuzeigen, und mir auch erlaubt, für die Beisetzung, vorbehaltlich Ihrer Genehmigung, die erforderlichen Schritte zu tun."

„Vorbehaltlich meiner Genehmigung!" wiederholte Frau von Aschau kopfschüttelnd. „Ja, um alles in der Welt, was habe ich denn dabei zu genehmigen? Ach so, — Sie meinen wegen unserer Abreise!"

„Nein, wegen Ihres Hierbleibens", versetzte er mit dem Schatten eines unwillkürlichen Lächelns.

„Ja reine ist morte, vive la reine!"

„Das versteh' ich nicht; das heißt, so viel Französisch weiß ich schon noch, um mir die paar Worte in ehrliches Deutsch übersetzen zu können. Aber was Sie damit sagen wollen, geht mir über den Verstand."

„Nun, gnädige Frau, ich will damit sagen, daß Sie als nächste und einzige Erbin in den Besitz der Herrschaft Lohberg gekommen sind", erwiderte er feierlich.

Frau von Aschau machte tatsächlich einen Satz nach rückwärts und wurde feuerrot.

„Machen Sie keine schlechten Witze", fuhr es ihr mehr drastisch als höflich heraus.

„Dazu wäre die Stunde wohl nicht geeignet, und außerdem würde ich mir doch gewiß nicht erlauben, schlechte Witze mit Ihnen zu machen", erwiderte der Gesandte äußerlich ernst, aber in seinen Augen lächelte es nicht nur, es lachte ohne Phrase. „Ich gab mir vorgestern, wie Sie sich erinnern werden, die Ehre, Ihnen die Erbfolge von Lohberg auseinanderzusetzen, — ahnungslos, daß sie so bald in Kraft treten sollte."

„Na, wissen Sie, Exzellenz, damit haben Sie mir keine unruhige Nacht gemacht, — das ging bei mir zu einem Ohr 'rein und zum anderen 'raus", versicherte Frau von Aschau. „Sie hätten mir ebensogut erzählen können, daß ich Kaiserin von Abessinien werden würde, falls ich das alte Reff, die Witwe Meneliks, überlebte. Du lieber Gott, — Leonore Lohberg war doch vorgestern noch allem Anschein nach ganz gesund, und jung war sie dazu, während ich — — nein, lieber Herr von Grünholz, der Flob hat mir im Ohr keine Stunde lang gekrabbelt, hat mir keine Kopfschmerzen gemacht."

„Das ist auch jetzt noch nicht nötig, gnädige Frau; denn ich bin gern bereit, Sie in Ihre Regierungsgeschäfte einzuführen", versetzte er herzlich.

„Also ist das wirklich Ernst voller Ernst? Daß dich der Papelmann holt! Mir soll das Schloß hier gehören und alles, was drum und dran ist? Kneifen Sie mich mal in den Arm, Exzellenz, damit ich sicher bin, daß ich nicht träume. Aber", rief sie, mit dem Stock aufstampfend, aus „aber wenn Sie glauben, daß ich mich freue, dann haben Sie sich gründlich geschnitten! Heulen möchte ich, wenn ich an das arme tote Wurm da droben denke, an dessen Stelle ich alte Schachtel treten soll. Wie lange kann's denn mit mir noch dauern? Wenn's der liebe Herrgott will, noch ein paar Jahre, und die Krone sackt sich den ganzen Bettel als fröhliche Erbin kaltlächelnd ein. Nein, da hufte ich lieber gleich auf den ganzen Dreck!" schloß sie energisch.

„Tun Sie das lieber nicht", riet der Gesandte halb gerührt, halb mit allen Geistern einer unwiderstehlichen Lachlust ringend. „Die Krone kann noch lange warten; denn die Erbfolge geht doch nun in Ihrer Linie weiter. Nach Ihnen würde Ihre Tochter die nächste Erbin sein —"

„Na, das wäre ja so'n Fressen für meinen teuren Schwiegersohn gewesen!" fiel sie ein. „Ob er das gewußt hat, als er mein armes Mädel mit seinen Reizen betörte?"

„Sicher nicht; denn er glaubte gestern abend noch, daß das Leben mit Leonore erlischt, und ich habe ihn aus ganz bestimmten Gründen bei diesem Irrtum gelassen", versicherte Grünholz. „Nun also, und da Ihre Tochter nicht mehr lebt, so sind deren Hinterbliebene die nach Ihnen nächsten Anwärter auf das Erbe."

„Fritz!" rief sie aus, sah den Gesandten einen Augenblick starr an und dann flog über ihr garstiges, altes Gesicht ein wunderbar verschönerndes, ja verklärendes Leuchten „Fritz! Fritz Elbach wäre mein nächster, direkter Erbe! Mein lieber, guter Junge? Nein, Sie haben recht, — ich darf auf die Erbschaft ja überhaupt gar nicht hoffen. Für mich — du liebe Zeit, was brauch' ich denn? Ich bin zufrieden mit dem, was ich habe, und 's ist ja gottlob genug, um auch den Jungen überm Wasser zu halten, bis er sowieso ist, daß er meine paar Kröten nicht mehr braucht. Aber für Fritz — ja, das ist natürlich ganz etwas anderes. Für Fritz will mich gern mit so 'ner großen Herrschaft herumärgern. Sagen Sie mal: die Geschichte hier wirft doch genug ab, um dem Jungen ein behagliches Heim schaffen zu können?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104131-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 13. April.

Die Einführung des neuen Direktors der Franckeschen Stiftungen

fand gestern vormittag 11 Uhr im großen Versammlungssaal der Stiftungen in Gegenwart von Vertretern der vorgesetzten Behörde, der Universität, der Lehrer- und Beamtenschaft sowie der Schüler und Schülerinnen statt

Die Feier wurde eingeleitet durch den gemeinsamen Gesang von „Lobe den Herren". Dann ergriff Herr Oberregierungsrat **Baßner-Magdeburg** als Vertreter des Kultusministers und des Provinzialschulkollegiums das Wort, um den bisherigen Direktor, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. D. Fries, mit herzlichen Worten des Dankes und der Anerkennung zu verabschieden und den neuen Direktor, Hrn. Geh. Studienrat Dr. Nebe, einzuführen. Hierauf sprach im Namen der Lehrer- und Beamtenschaft Herr Studiendirektor Baltzer, indem er dem scheidenden Direktor für sein bewiesenes Wohlwollen dankte und den neuen willkommen hieß. Unter anderen redete weiterhin als Vertreter der hiesigen Universität Herr Geheimrat Lütgert, der auf die enge Verbindung zwischen Waisenhaus und Universität, wie sie sich auch in der Person von Herrn Geheimrat Fries gezeigt hatte, hinwies. Darauf dankte Herr Geheimrat Fries in bewegten Worten für die ihm erwiesenen Ehrungen und nahm Abschied von der Stätte, wo er an 40 Jahre in leitender Stellung tätig gewesen war. Nun übernahm Herr Geheimrat Nebe offiziell die Leitung der Stiftungen, wies auf die Verschiedenheiten seiner neuen und bisherigen Wirkungsstätte hin und führte den neuen Rektor der Latina und Konrektor der Franckeschen Stiftungen, Herrn Dr. Michaelis, ein. Dieser, ein früherer Schüler der Latina und Zögling der Pensionsanstalt der Stiftungen, dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, alle seine Kräfte in den Dienst seines neuen Amtes, besonders des ihm anvertrauten Gymnasiums, zu stellen.

Chorgesänge verschönten die einfache, schlichte Feier, die in dem gemeinsamen Gesang einiger Strophen von „Ach bleib' mit deiner Gnade" ausklang.

*

Der neue Direktor der Franckeschen Stiftungen, Herr Geh. Studienrat Dr. August Nebe, wurde am 28. September 1864 zu Roßleben als Sohn eines Pfarrers geboren und ist durch seine Vorfahren mit den Stiftungen eng verbunden. Er studierte vor allem alte Sprachen und bestand die Prüfung pro facultate docendi 1887. Er war dann an verschiedenen Gymnasien als Oberlehrer tätig und war zuletzt Direktor des von den Hohenzollern gestifteten Joachimsthalschen Gymnasiums zu Templin in der Uckermark.

*

Der neue Rektor der Latina, Herr Dr. Walther Michaelis, wurde als Sohn eines Pfarrers am 2. Februar 1878 geboren, besuchte die Latina der Franckeschen Stiftungen und bestand 1899 das philologische Staatsexamen. Er war bis zu seiner Berufung nach Halle Rektor der Klosterschule zu Roßleben (Unstrut), eines Gymnasiums verbunden mit Alumnat.

Sondergerichtssitzung

Ueber den weiteren Verlauf der gestrigen Sondergerichtssitzung ist folgendes zu berichten: Der Arbeiter Ernst Graf in Ammendorf, geboren 1879, verheiratet und Vater von 5 Kindern, ist der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens angeklagt. Nach seiner Angabe haben ihn die Explosionen in der Nacht auf die Straße geführt, wo er nur fremde Gesichter, keine Ammendorfer, zu sehen bekommen hat. Er ist dann unterwegs festgehalten und gezwungen worden, zwei Leuten zu helfen, rote Zettel anzukleben, die er aber nicht gelesen haben will; er gibt aber selbst an, daß er die Ueberschrift „Aufruf" und die Unterschrift „Bowitzky, Zivilkommissar" gelesen habe. Darauf will er gezwungen worden sein, im Amtsgebäude zu Ammendorf Lebensmittel anzunehmen, die dort als freiwillige Gaben abgeliefert werden würden; Ein gewisser Schiebe soll ihm vorher gesagt haben, es würde ausgeklingelt werden, daß die Bewohner für die Verwundeten Lebensmittel abgeben möchten. Mit anderen unbewaffneten Leuten ist er dann nach Döllnitz gegangen, wo er mit Erlaubnis des Wirtes auf dem Heuboden unentgeltlich habe übernachten dürfen. Der Angeklagte erklärte noch, er sei früher Unabhängiger gewesen und nach der Spaltung Kommunist geworden. Das Gericht sah nicht für erwiesen an, daß er sich des Landfriedensbruches schuldig gemacht oder einem bewaffneten Haufen angeschlossen habe, verurteilte ihn aber wegen Verbrechens aus § 86 (Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens) zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und zu 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Des gleichen Verbrechens waren beschuldigt die Arbeiter Richard Schröder, geb. 1898, Willi Hennicke, geb. 1884, und Robert Schreiber, geb. 1891, sämtlich in Halle. Schröder will am 26. März zufällig nach dem Sandanger gekommen sein und hier die Hetzreden Bowitzkys angehört haben; er sei dann angehalten worden und habe mit nach Eisleben sollen, wozu er aber keine Lust gehabt habe. Er sei aber festgehalten worden und in Begleitung eines Mannes nach seiner Wohnung gegangen, um von seiner Frau Abschied zu nehmen, während dessen sein Begleiter unten gewartet habe. Um nicht als feige zu gelten, sei er dann mitgezogen, zuerst nach Teutschenthal, dann nach Eisleben, wo im Schlosse übernachtet wurde, und schließlich nach Ammendorf zum „Schwarzen Adler". Der Angeklagte bekennt sich als Kommunist, er will aber weder eine Waffe gehabt, noch geschossen haben. Das Gericht verurteilte ihn wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruche zu einem Jahre Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Hennicke erhielt wegen einfachen Landfriedensbruches in Tateinheit mit Anschluß an einen bewaffneten Haufen 2 Jahre Gefängnis. Er will am Ostersonnabend nach Schraplau gegangen sein, um Kartoffeln einzukaufen; in Ammendorf will er übernachtet haben und gezwungen worden sein, 8 Stunden am Bahnhof Posten zu stehen. Später sei er in Schraplau festgehalten und in eine Kampfgruppe eingeordnet worden. — Schreiber ist am Karfreitag mit auf dem Gertraudenfriedhofe gewesen, er hat auch auf dem Sandanger Bowitzkys Hetzrede mit angehört, der aufgefordert habe, die kämpfenden Genossen zu unterstützen. Er gab auch zu, an der Liebenauer Brücke, aber ohne Gewehr, Posten gestanden zu haben. Wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Anschluß an einen bewaffneten Haufen verurteilte das Gericht ihn zu einem Jahre Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

— **Wiedereinführung von Sonntagsfahrkarten geplant.** Auf die Anfrage des Ruhrsiedlerverbandes beim Reichsverkehrsministerium wurde vom Minister Groener mitgeteilt, daß die Wiedereinführung der Sonntagsfahrkarten in Kürze bestimmt zu erwarten ist, und zwar für das ganze Gebiet der Reichseisenbahnen.

— **Die Stellung der Positiven Union in der Provinz Sachsen zur Einheitsliste für die verfassunggebende Kirchenversammlung** soll in einer Vorstandssitzung, an der aber auch andere Mitglieder und Gesinnungsgenossen, die nicht eingeschriebene Mitglieder sind, auf Wunsch teilnehmen können, am Dienstag, den 19. April, nachmittags 3 Uhr in Halle im „Nikolaus" klargestellt werden. Bekanntlich hat schon anläßlich der letzten Generalsynode eine Besprechung über Aufstellung einer Einheitsliste für die verschiedenen Gruppen stattgefunden. Diese Besprechung ist bei der letzten Provinzialsynode fortgesetzt. Ein Ausschuß ist gebildet. Die Verhandlungen haben bisher zu sehr guter Verständigung geführt. Nun tritt von positiver Seite das Bestreben auf, mit einer Sonderliste vorzugehen. Da ist es erforderlich, daß die Positive Union in offener Aussprache Stellung nimmt. Um rege Beteiligung an der Versammlung wird gebeten.

— **Der Kampf gegen die Fremdenlegion.** Immer wieder kommen Meldungen aus dem besetzten Gebiet, daß sich Deutsche zur Fremdenlegion anwerben lassen. Und so hat es denn der Legionär Eberhardt unternommen, auf eigene Rechnung und Gefahr Vorträge zu veranstalten, um aus persönlichen Erfahrungen heraus von den Zuständen in der Fremdenlegion, der er acht Jahre angehörte, zu berichten und vor dem Eintritt in dieselbe zu warnen. Ein solcher Vortrag fand am Sonntag vormittag im „Hofjäger" statt, der, namentlich von jungen Leuten, gut besucht war. Der Legionär Eberhardt kam auf dieselbe Weise nach Afrika wie so mancher andere junge Mann. Durch Vorspiegelung falscher Tatsachen fiel er den Werbern in die Hände. Bittere Erfahrungen ließen in ihm wiederholt Fluchtpläne reifen. Schließlich gelang es ihm aber wieder nach der Heimat zu kommen. Als 1914 der Krieg ausbrach, meldete sich Eberhardt zum Heeresdienst in München und ist dann im deutschen Spionagedienst verwandt worden. Mit Recht forderte der Vortragende alle Kreise auf, dazu beizutragen, daß kein Deutscher in die Fremdenlegion eintritt, um so die Volksgenossen vor Enttäuschungen, frühzeitigem Tod oder dauerndem Siechtum zu bewahren.

— **Deutschvölkischer Treffpunkt:** Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr „Rathausschenke", Markt. Tagesordnung: Außenpolitik und Judentum, dann Bundesfragen.

— **Verlegung des Fidus-Vortrages.** Der für Freitag Abend 8 Uhr im Mozartsaal geplante Fidus-Lichtbildervortrag von Wilhelm Munnecke wird mit Rücksicht auf die in der Stephanuskirche stattfindende Trauerfeier auf Dienstag, den 19. April, verlegt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

— **Die Universitäts-Tennisplätze** auf der Ziegelwiese werden am 15. April eröffnet. Belegung der Plätze erfolgt im Universitätsverwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 75.

Familien-Nachrichten

— **Geburt:** H. Tentsch-Niemberg (Sohn).
— **Vermählung:** Willi Kulpe mit Elli Hopf.
— **Todesfälle:** Am 9. April Maschinensteiger a. D. Ludwig Rode im 71. Lebensjahr. — Am 9. April Gärtnereibesitzer Karl Küster im 67. Lebensjahr. — Am 10. April Pauline Vogel geb. Detemeyer im 75. Lebensjahr. — Am 11. April Heinz Meerbote im 1. Lebensjahr. — Am 11. April Kürschnermeister Christian Jacobi im 77. Lebensjahr. — Am 10. April Amélie Kriebitz geb. von Rauch. — Am 10. April Marie Klage geb. Logus im 45. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

19. Gautag und 12. Handlungsgehilfentag für Sachsen-Anhalt des D. H. V. in Dessau

Dessau, 11. April.

Der 19. ordentliche Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband fand am Sonnabend, den 9. April, als Auftakt zu dem am Sonntag, den 10. April, stattfindenden 12. Handlungsgehilfentage im großen Festsaal des Kristallpalastes in Dessau statt. Aus dem Gaugebiet hatten mehr als 80 Ortsgruppen Stimmführer entsandt, denen sich eine große Anzahl Einzelmitglieder aus den Ortsgruppen angeschlossen hatten. Der vom Gauvorsteher Ernst Richter-Magdeburg erstattete Jahres- und Kassenbericht des Jahres 1920 sowie der Voranschlag für das Jahr 1921 werden einstimmig angenommen. Das Mitglied des Aufsichtsrates, Landtagsabgeordneter Robert Heidenreich-Halle, wurde wieder bestätigt und zum stellvertretenden Gauvorsteher gewählt. Außerdem wurden in den Aufsichtsrat des Verbandes Böhme-Granschütz und Leue-Magdeburg gewählt. Alle sonstigen Anträge fanden ordnungsgemäß Erledigung. Den warm empfundenen Begrüßungsworten des Gauvorstehers Richter-Magdeburg schlossen sich der Vertreter der Verwaltung Frahm-Hamburg und die Kollegen Auerbach-Erfurt und Heidenreich-Halle an, während der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Brost-Berlin, Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes übermittelte, die er in einem Schlußwort, das dem berufsständigen Wirken auf gewerkschaftlichem Boden gewidmet war, zum Ausdruck brachte.

Der 12. Handlungsgehilfentag für Sachsen-Anhalt fand ebenfalls unter großer Beteiligung im Festsaal des Kristallpalastes in Dessau Sonntag vormittag statt. Vertreter der Behörden, Körperschaften und Parteien, u. a. die Präsidenten des Anhaltischen Landtages, anhaltische Landtagsabgeordnete der wirtschaftlichen Fraktion als auch preußische Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, Vertreter der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei nahmen an der Tagung teil. Ferner waren Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der organisierten christlich-nationalen Arbeiterschaft Mitteldeutschlands anwesend. Gauvorsteher Richter-Magdeburg erteilte nach kurzen Begrüßungsworten und mit dem Hinweise auf Zweck und Ziel dieser gewaltigen Kundgebung dem 1. Berichterstatter, Kreisgeschäftsführer Gustav Hartz-Halle, das Wort zu der „Tariffrage in der Provinz Sachsen und in Anhalt". Als zweiter Redner sprach Geschäftsführer Siegfr. Becker-Dessau über die Sonntagsruhe in Handel und Industrie. Gauvorsteher Richter-Magdeburg kam als letzter Berichterstatter mit der Lebensfrage für Stand und Volk, der Sozialisierung, zu Worte. Die zu den drei Berichterstattungen ausgelegten Entschließungen fanden einstimmige Annahme. Das Verwaltungsmitglied Frahm-Hamburg unterstrich im Schlußwort noch die Gedanken, die den D. H. V. als führende Berufsorganisation im Deutschen Gewerkschaftsbund kennzeichnet. Der Gauvorsteher schloß mit einem dreifachen Heil auf den Verband den 12. Handlungsgehilfentag, der damit einen würdigen Abschluß fand.

An die Tagung schloß sich ein gemeinsames Festessen an. Am Nachmittag fanden in den Räumen des Kristallpalastes Sondersitzungen der Gaufachgruppen Kohlen- und Erzbergbau, Kalibergbau, Versicherungen, Eisen- und Metallindustrie, Keramische Industrie. statt.

Von einem Teilnehmer der Tagung wird uns geschrieben:

Der verflossene Sonntag versammelte die Vertreter von 83 Ortsgruppen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes im Kristallpalaste zu Dessau zum 12. Handlungsgehilfentage für Sachsen-Anhalt. Unsere Zeit ist fast überreich an Kongressen und Zusammenkünften, namentlich wirtschaftlicher Art und gar manche dieser Beratungen bieten wenig Anziehendes oder Begeisterndes, sie bleiben stecken in des Berufes Enge und eigennützigem Streben. Demgegenüber war der Dessauer Handlungsgehilfentag auf ein höheres Ziel, die deutsche Arbeitsgemeinschaft, deutsche Volksgemeinschaft eingestellt. Die Art, wie Gustav Hartz aus Halle „Die Tariffrage", Siegfried Becker (Dessau) die „Sonntagsruhe in Handel und Industrie" oder Ernst Richter (Magdeburg) „Die Sozialisierung" behandelten, sie zeigten den deutschen Gedanken in der Gewerkschaftsbewegung, die Durchgeistigung des Gewerkschaftswesens, welches nach den Zielen des D. H.-V. nichts anderes sein soll und will, als ein Weg zur Arbeits- und Volksgemeinschaft, zur Arbeitsfreude. Der Mensch, der Volksgenosse ist der Mittelpunkt des Wirtschafts- und Staatslebens, gesund und frei soll er sich entfalten, der Arbeiter und Angestellte ein Mitarbeiter im Unternehmen, keine Maschine! Um die Arbeitsfreude zu erhalten, ist solche Entlohnung der Wertarbeit notwendig, daß die Arbeitsfreude nicht untergeht, daß der Schaffende für sich und die Seinen angemessenes Auskommen findet. Diese Ziele sind keine unerhörten Forderungen, sondern sittliches Gebot!

„Mann mit zugeknöpften Taschen,
Dir tut niemand 'was zulieb',
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib'",

klang der erste Vortrag aus. Kein Volkswirt, kein gewissenhafter Arbeitgeber kann sich den Gedankengängen verschließen, wie sie die Redner in Dessau vertraten. Besonders bedeutend waren die Ausführungen des Führers Friedrich Fahne aus Hamburg, welcher sich mit dem Ententekapitalismus auseinandersetzte. Wenn unser Volk seine Arbeit mit Freude tut, das heißt, der Mensch sich als schaffende Persönlichkeit fühlt, dann werden wir als die stärkeren Persönlichkeiten im Wettbewerb ohne Zweifel die Gegner überwinden. Man kann nicht genug hervorheben, wie diese Gedankengänge als etwas Lebendiges die öden schematischen Sozialisierungsforderungen der artfremden Leute vom Schlage eines Marx, Lederer, Rathenau überragen und ohne Zweifel auch überwinden werden.

Gesinnung, wie sie auf der Dessauer Tagung des D. H.-V. hervortrat, sie läßt uns hoffen, daß unser Vaterland wieder emporsteigen muß! Heil den mutigen deutschen Männern und Führern des D. H.-V.!

Dr. Wi.

Herr Kasparek als Prophet

Sangerhausen, 11. April.

Wie der „Kyffhäuser-Ztg. mitgeteilt wird, fand am 6. Februar d. J., also während der Zeit des Wahlkampfes, in unserem Kreisdorfe Bornstedt eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt, in der der Redner, der kommissarische Landrat unseres Kreises Kasparek, u. a. folgendes ausführte: „Auch euer Ort liegt in der Kampfzone. Wenn die Veilchen blühen, werden auch hier die Maschinengewehre knattern und die Geschütze brüllen!"

Man wird sich dieser Prophetengabe des Herrn Kasparek bei geeigneter Gelegenheit erinnern müssen, der schon 7 Wochen vorher die kommunistischen Kampfabsichten in seinem Kreise ankündigt.

Die Erfurter Kommunistenverbrecher verurteilt

Erfurt, 12. April.

Die Kommunisten, welche die Eisenbahnbrücke an der Steigerstraße in die Luft sprengten, hatten sich jetzt vor dem Sondergericht in Erfurt zu verantworten. Sie wurden verurteilt:

Röllert 6 Jahre, Jacobi 5 Jahre, Orphal 6 Jahre, Behlau 7 Jahre Zuchthaus und jeder 10 Jahre Ehrverlust.

— **Hettstedt, 12. April.** (Einen gefährlichen Fund) machte hier ein zwölfjähriges Mädchen am Garten seiner Großeltern in der Hohetorstraße. Das Kind fand dort eine gefüllte, mit Zünder versehene 5,5 Zentimeter-Granate. Das Mädchen, das die Gefährlichkeit des Fundes ahnte, trug die Granate vorsichtig in der Schürze zu ihrer Großmutter. Zum Glück kam bald darauf der Vater des Mädchens dazu, der die Granate an sich nahm und sie dem Kommando der Schutzpolizei ablieferte.

— **Eilenburg, 12. April.** (Immer wieder Raubüberfälle.) Mehrere Männer brachen nachts in das Anwesen des Windmüllers zu Laußig ein, überfielen den Besitzer, mißhandelten und beraubten ihn. Die Täter trugen Gesichtsmasken, waren mit Revolvern versehen und fuhren nach dem Ueberfall auf Fahrrädern davon.

„H. Z." Sportberichte

Rennen in Hannover

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

Hannibal-Rennen. 1. Wellenbrecher (O. Müller), 2. Antilope, 3. Allerliebste. Tot. 18, Pl. 12, 11, 45. Ferner liefen Turmwart, Raptator, Valeria. — **Palestro-Rennen.** 1. Leutnant (Zimmermann), 2. Margrit, 3. Ortolan. Tot. 22, Pl. 10, 10. Ferner liefen Luftikus, Sankt Pauli. — **Frühjahrs-Jagdrennen.** 1. Pengö (Ackermann), 2. Irak Arabi, 3. Tante Aurelia. Tot. 23, Pl. 17, 37, 58. Ferner liefen: Rosengarten, Waldruh, Deckung, Halunke. — **Blitz-Rennen.** 1. Pan Robert (Huguenin), 2. Tarita, 3. Rosenbusch. Tot. 35, Pl. 17, 24. Ferner liefen: Lotse, Anarchist II. — **Biniou-Rennen.** 1. Falter (O. Müller), 2. Konrad, 3. Mörser. Tot. 49, Pl. 16, 19, 27. Ferner liefen: Eichsfeld, Palme, Marsa, Iffland, Monitor. — **Preis von Bemerode.** 1. Südtiroler (Vaseag), 2. Lucretia, 3. Wackerbart. Tot. 38. — **Preis von Steinhude.** 1. Satyr (O. Müllek), 2. Faschingsfee, 3. Basilisk. Tot. 91, Pl. 20, 16, 19. Ferner liefen: Centrifugal, Damhirsch, Sanitas, Jol Effendi. — **Preis von Kaltenweide.** 1. Argesul (Teichmann), 2. Hunne, 3. Sappe. Tot. 17, Pl. 12, 12. Ferner liefen: Pausole, Mein Leopold.

Wieder Rennen in Hoppegarten? Mit dem Beginn der Flachrennen taucht auch wieder der Plan auf, die seit Jahren brachliegende prachtvolle Bahn des Union-Klub in Hoppegarten ihrem eigentlichen Zwecke verfügbar zu machen. Es soll sich jedoch nur um Wochentage handeln, da der Eisenbahnverkehr für einen Sonntag nicht ausreicht und auch die Bahnanlagen den jetzigen Sonntags.massenbesuchen nicht mehr entsprechen. Die Verhandlungen sind in der Hauptsache deshalb aufgenommen worden, weil in Hoppegarten die Eintrittskarten nicht mit der erdrückenden Lustbarkeitssteuer wie in Berlin-Grunewald belastet sind. Solange nicht umfangreiche bauliche Veränderungen in Hoppegarten vorgenommen worden sind, glauben wir jedoch kaum, daß die Rennen dort wieder aufgenommen werden.

— **Das Chicagoer Sechstagerennen,** das am Montag seinen Anfang genommen hat, sieht am ersten Tage die australische Mannschaft Corry—Mac Beath mit einer Runde Vorsprung an der Spitze. Nach 72 Stunden führt die Mannschaft mit 177 Punkten und 1833,360 Kilometer. A. Spencer—Hanley gaben das Rennen auf, Hill—Kockler sind zwei Runden zurück. — Ueber den Berliner Lorenz, der an der Fahrt mit Weber als Partner teilnehmen soll, war noch nichts zu erfahren.

— **Auch die ungarischen Berufsfußballspieler begnadigt.** Der Ungarische Fußball-Verband hat jetzt ebenfalls die Berufsspieler der Eidinger-Gesellschaft begnadigt und ihnen die Amateureigenschaft wieder zuerkannt. Einige von diesen werden wahrscheinlich schon Ende April an dem Länderkampf gegen Oesterreich teilnehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104131-10/fragment/page=0003

Die Abgabe der Einkommensteuererklärung

Eine unabweisbare Forderung machte der Reichs-Landbund zum Gegenstand folgender neuer Eingabe an den Reichsfinanzminister:

Unter Bezugnahme auf unsere Eingabe Nr. 641 vom 30. März 1921 beantragen wir hiermit nochmals dringend, die Verlängerung der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung veranlassen zu wollen.

Der Wortlaut der Novelle zum Einkommensteuergesetz ist erst am 31. März veröffentlicht worden. **Ueber den Inhalt der Ausführungsbestimmungen zu dieser Novelle ist überhaupt noch nichts bekannt.**

Die Novelle und die Ausführungsbestimmungen werden aber für die Ausstellung der Wirtschaftsabschlüsse und der steuerlichen Reinertragsberechnungen ausschlaggebend sein, nachdem so wichtige Vorschriften wie Steuerfreiheit von Erneuerungsfonds, Richtlinien für die künftigen Abschreibungen usw. hineingearbeitet worden sind.

Solange beide Teile nicht in breitester Oeffentlichkeit behandelt worden sind, ist tatsächlich die Aufstellung einer dem jetzigen Rechtsstand entsprechenden Einkommensteuer-Erklärung unmöglich. Trotzdem gestehen die Finanzämter nur in Ausnahmefällen und dann auch nur eine kurze Nachfrist zu.

Sobald auch die Ausführungsbestimmungen herauskommen, werden wir mit Nachdruck die Aufklärung der Steuerpflichtigen betreiben, denn es beginnt dann die ganze Arbeit der Aufstellung der Wirtschaftsabschlüsse von neuem.

Das ablehnende Verhalten der Finanzbehörden gegen eine allgemeine Fristverlängerung auf mindestens 4 Wochen nach Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen wird eine erhebliche Mehrarbeit bei den Steuerpflichtigen und den Finanzbehörden, sowie eine wachsende Rechtsunsicherheit unter den Steuerpflichtigen zur Folge haben.

Was das jetzige Verhalten der Behörden bedeutet, ersieht man z. B. daraus, daß allein die landwirtschaftlichen Buchstellen in der Provinz Sachsen jetzt rund 1600 Wirtschaftsabschlüsse und Steuererklärungen für größere Betriebe herstellen, die sie nach der Veröffentlichung der Novelle und der Ausführungsbestimmungen vollkommen umarbeiten und dann mit Abänderungsanträgen an die Finanzämter herantreten müssen. Auf diese Buchführungsergebnisse baut sich aber weiter die Aufstellung von Durchschnittsertragssätzen auf, wie sie für die Veranlagung der nichtbuchführenden Landwirte gebraucht werden, so daß wir tatsächlich binnen kurzem vor der Aufgabe stehen werden, die Landwirte zur Vorlage von Nachtragserklärungen zu veranlassen.

Gerade bei der erstmaligen Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung erachten wir daher ein Entgegenkommen der Finanzbehörden für ganz besonders notwendig.

Einzelne Landesfinanzämter, so z. B. das Landesfinanzamt in Magdeburg, haben den provinziellen Landbünden bereits mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage seien, die nachgesuchte Fristverlängerung für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen allgemein zu erteilen, trotzdem es in § 2 der Verordnung vom 1. Februar — Zentralblatt für das Deutsche Reich, S. 101 — ausdrücklich heißt: „die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung gemäß § 1 bestimmt das Landesfinanzamt für die einzelnen Finanzämter seines Bezirks." Nach dieser Verordnung sind also die Landesfinanzämter die zuständige Stelle für eine allgemeine Fristverlängerung. Auch das Reichsfinanzministerium vertrat, soviel uns bekannt ist, bisher die Ansicht, daß die Befugnis zu einer allgemeinen Fristverlängerung in Gemäßheit des § 2 R. A. G. den Landesfinanzämtern zustände.

Wir halten es daher für unerläßlich, daß nunmehr das Reichsfinanzministerium, nachdem die Landesfinanzämter sich, wie es scheint, als hierfür unzuständig erklären wollen, die Verlängerung der Frist für die Abgabe der Einkommensteuererklärung in dem von uns beantragten Maße anordnen.

Wir bitten ferner, auch hierbei diejenigen Gebiete, die durch den kommunistischen Aufstand, durch Unruhen und durch die Besetzung von fremdländischen Truppen besonders hart betroffen worden sind, durch Erlaß von Sonderbestimmungen berücksichtigen zu wollen.

Hamburg-Amerika-Linie

Die Gesellschaft legt nunmehr ihren Rechenschaftsbericht über die Jahre 1914 bis 1920 vor. Einleitend wird der großen Verdienste und des unersetzlichen Verlustes gedacht, den die Gesellschaft durch das Ableben ihres Generaldirektors Albert Ballin am 9. November 1918 erlitt.

Das Unternehmen, das mit Ausbruch des Krieges einen Teil seiner Flotte und die Organisation in den Dienst der deutschen Wehrmacht, und zwar im Inlande sowohl wie im Auslande stellte, hat sehr zahlreiche Verluste zu beklagen. Die Verluste beschränken sich nicht nur auf die Schiffe, sondern betrafen auch wertvolle Anlagen, Material und Grundbesitz in den deutschen Kolonien, in Ostasien und Westindien. Auch ging die Nordamerikanische Organisation mit ihren wertvollen Kaianlagen in Hoboken und Grundbesitz in New-York verloren. Mit der Beschlagnahme der Anlagen und der gesamten Mittel durch die amerikanische Regierung verschwand dort die Möglichkeit des Durchhaltens. Die Gesamtzahl der im Kriege verlorenen Ozeandampfer beträgt 178 mit zusammen 1 235 357 Bruttoregistertonnen. Dem Ersatz dieser Verluste galt die Tätigkeit der Verwaltung während des Krieges und nach dem Kriege im besonderen Maße.

Der Bericht schildert dann die langjährigen Verhandlungen mit der Reichsregierung, die schließlich zu dem Abschluß des von uns auch besprochenen Reedereiabfindungsvertrages führte, nach dem 90 Prozent der den Reedereien zugebilligten Entschädigungen für Bauten auf deutschen Werften verwandt werden müssen. Aus der von der Regierung zu zahlenden Entschädigung wird nur etwa ein Drittel der deutschen Handelsflotte wieder aufgebaut werden können. Das bedeutet für die Hapag eine überaus empfindliche Einschränkung. Ob es möglich sein wird, mit dieser so sehr verkleinerten Flotte die Organisation im früheren Rahmen aufrecht zu erhalten und außerdem aus eigenen Mitteln im Laufe der Zeit den Schiffsbestand zu vervollkommnen, hängt von der nicht vorauszusehenden Gestaltung des Reedereigeschäftes und der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ab.

Der Bericht verweist dann auf die Bemühungen, die notwendig waren, um die Beziehungen zum Inlande zu festigen und zu erweitern und zum Auslande wieder anzuknüpfen. Die ersten Beziehungen zum Auslande kamen mit der amerikanischen Kerr Steamship Line zustande. Mit den englischen Reedereien Alfred Holt u. Co., Liverpool und Ellermann u. Bucknall Steamship Co. Ltd., London, wurde eine Vereinbarung wegen der Abfertigung ihrer Dampfer im Verkehr zwischen Hamburg und dem fernen Osten getroffen. Das Scheitern der Verhandlungen mit der Kerr-Gruppe hatte Besprechungen mit der Hariman-Gruppe im Gefolge, welche bis zu dem bekannten Vertragsabschluß gediehen. Dem Wiederaufbau und der Beschaffung der Arbeit galt auch die systematisch durchgeführte Beteiligung an verschiedenen Unternehmungen.

Das eigentliche Reedereigeschäft nahm im Betriebe der Gesellschaft während der Berichtsjahre nur einen bescheidenen Raum ein. Nach dem Kriege waren die der Gesellschaft verbliebenen Schiffe an der Lebensmittelfahrt für Rechnung der Reichsregierung gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes beteiligt und die kleinen Dampfer und Seeleichter an der nordeuropäischen Fahrt mit befriedigenden Ergebnissen. Der allmählich beginnende Betrieb in der Ueberseeischen Fahrt mit gecharterten Schiffen und zwei kleinen Neubauten fiel dagegen mehr und mehr in eine absteigende Konjunktur. Nur erprobte Sachkenntnis im Verein mit äußerster Sparsamkeit kann bei der schlechten Lage des Weltfrachtenmarktes hoffen, in den kommenden Jahren in der Schiffahrt sich zu behaupten. Die Erfahrungen der Gesellschaft in ihrer Betätigung auf eigenen ihrer früheren Fahrtgebiete haben die als Folgeerscheinung eingetretenen, zum Teil als dauernd anzusprechenden, sehr wesentlichen Verschiebungen in den Handelsbeziehungen zum Nachteil nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas bestätigt. Dieser Tatsache wird man namentlich auch in den Methoden des Wiederaufbaues Rechnung zu tragen haben. Vor allem aber sollten zu den vorhandenen natürlichen Schwierigkeiten keine künstlichen durch administrative Maßnahmen wie Ausfuhrkontrollen, Einfuhrkontingentierungen und dergleichen mehr hinzugefügt werden. Weder die deutsche Seeschiffahrt, noch der deutsche Ueberseehandel können sie ertragen, während gerade an diese sich unter den wenigen ihm verbliebenen, eine der wesentlichsten Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Wiederaufbau knüpfen.

Die Abschlüsse für die Berichtszeit haben wir bereits mitgeteilt. Bekanntlich kommen für die Jahre 1919 und 1920 je 8 Proz. Dividende zur Verteilung. Die Fahrzeuge stehen in der Bilanz 1918 mit 237,91, 1919 mit 200,94 und 1920 mit 139,87 Mill. Mk. zu Buch. Der Bank- und Kassenbestand stellte sich auf 3,2 bzw. 75,18 bzw. 71,66 Mill. Mk., der Wechselbestand auf 67,07 bzw. 278,93 bzw. 118,15 Mill. Mk. Die verzinslichen Depositen bei Banken betrugen 0,27 bzw. 61,56 bzw. 14,6 Mill. Mark Staats- und Wertpapiere usw. werden ausgewiesen mit 87,67 bzw. 89,69 bzw. 31,34 Mill. Mark, die Beteiligungen mit 5,75 bzw. 7,67 bzw. 147,54 Mill. Mk. Die Vorräte sind mit 6.5 bzw. 7,34 bzw. 13,93 Mill. Mk. bewertet. Debitorenschulden 89,73 bzw. 151,49 bzw. 325,88 Mill. Mk., demgegenüber haben Gläubiger 128,47 bzw. 173,62 bzw. 291,49 Mill. Mk. zu fordern. Das Wiederaufbaukonto wird mit 79,65 bzw. 393,83 bzw. 293,18 Mill. Mk. ausgewiesen.

Reingewinn in mehr als dreifacher Höhe des Aktienkapitals. Das Seitenstück zu dem von uns gemeldeten Varziner Abschluß ist der der Kunst- und Luxuspapierfabrik Goldbach bei Bischofswerda i. Sa. Bei ihr hat sich, ebenfalls aus Auslandsaufträgen, ein Reingewinn ergeben, der mehr als das Dreifache des Aktienkapitals beträgt, nämlich 1,99 (i. V. 0,38) Mill. Mark auf ein Grundkapital von 577 500 Mark. Es sollen hieraus zunächst 30 Proz. Plus 25 Proz. Bonus (20) verteilt und außerdem den Aktionären Gratisaktien im Verhältnis von 1:1 gewährt werden. Die Aktionäre, die von den Gratisaktien keinen Gebrauch machen wollen, erhalten aus dem Reingewinn auf jede Aktie 1800 Mark in bar.

★ **Wochenbericht vom Metallmarkt.** Nach der Abschwächung, welche Ende voriger Woche auf dem deutschen Metallmarkt eingesetzt hatte und sich auf den ersten Teil der laufenden Woche übertrug, machte sich gegen Mitte der Woche eine bemerkenswerte Befestigung der Marktlage bemerkbar. Die festere Stimmung war hervorgerufen einesteils durch die Befestigung der fremden Devisen an der Berliner Börse, andererseits durch die höheren Notierungen, welche von der Londoner Börse gesandt wurden. Die Gründe der Festigkeit in London sind scheinbar darin hauptsächlich zu suchen, daß man infolge des englischen Streiks eine Knappheit an Metallen fürchtet, weshalb größere Käufe vorgenommen wurden. Der deutsche Konsum verhält sich nach wie vor außerordentlich zurückhaltend und kauft weiter nur das Allernotwendigste. Das Gesamtbild des Metallmarktes ist nach wie vor äußerst ruhig. Kupfer schließt ungefähr wie in der Vorwoche, Zinn wurde um etwa 150 M. gegen die Vorwoche heraufgesetzt, Blei schließt unverändert, ebenso Zink. Die Stimmung ist im allgemeinen eine zuversichtliche, besonders wird Zink weiterhin günstig beurteilt. Das Geschäft am Altmetallmarkt war ebenfalls sehr ruhig und wird auch hier nur der dringendste Bedarf gedeckt. Die Preise bewegen sich ungefähr auf derselben Basis wie in der Vorwoche. Die Allgemeintendenz für den Altmetallmarkt ist ebenfalls nach wie vor unverändert zuversichtlich.

Einlagerung polnischer Hölzer in Deutschland. Da die Geschäfte im deutschen Holzmarkt hauptsächlich infolge der „Sanktionen" stocken, sind seit kurzem größere Mengen unverkaufter Schnitthölzer, die deutschen Holzhandelsfirmen gehören, aus Polen abtransportiert worden. Zur Einlagerung dieser Hölzer sind, wie wir hören, in Deutschland besondere Unternehmungen, so z. B. in Kreuz an der Ostbahn am Netze-Umschlaghafen, in Fürstenwalde (Spree) und in Rudow bei Berlin geschaffen worden, die mit neuzeitlichen Speditionseinrichtungen (Wasserverladung und eigene Gleisanschlüsse) versehen sind.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 12. April. Der Verkehr hielt sich im allgemeinen in recht engen Grenzen. Die Haltung verriet große Unsicherheit in Erwartung der weiteren politischen Entwicklung. Immerhin schien sich im Verlaufe die Stimmung zu befestigen. Anfängliche Rückgänge wurden zum Teil wieder eingebracht. So gewannen Mannesmann von dem anfänglichen Verlust von 12 Prozent 5 wieder zurück. Lebhafte Umsätze fanden in Dynamit Nobel und Köln-Rottweiler statt bei Kursbesserungen bis zu 12 Prozent. Größeres Interesse bestand für die Valuten der östlichen Staaten, die sämtlich ansehnlich stiegen. Rumänische Noten wurden zu 96,62½ rege gehandelt. Am Devisenmarkt stiegen Oesterreicher und Ungarn, Tschecho-Slovaken und besonders Italiener, während im übrigen die Veränderungen unwesentlich blieben. Kolonialpapiere waren rückgängig. Auch Deutsch-Uebersee Elektr., die ziemlich 18 Prozent verloren. Am Markt der festverzinslichen Werte konnte deutsche Anleihe ihren Kursstand gut behaupten. Ungarische Werte zeigten keine Einheitlichkeit der Kursbewegung. Die Börse schloß bei geringen Umsätzen abgeschwächt. Auch die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte stellten sich vorwiegend niedriger.

Produktenbericht. Berlin, 12. April. Die Stimmung für Mais war heute fest. La Platamais war begehrt. Die Forderungen stellten sich höher. Im Anschluß hieran war auch die Haltung für Hülsenfrüchte günstig. Futtererbsen weiter gut gefragt, ebenso Ackerbohnen und Peluschken. Wicken waren sehr begehrt, jedoch ohne Preisänderung. Für Raps zeigte sich einiges Interesse. Wetter: schön.

Devisen-Notierungen Berlin, 12. April:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	214[illegible],95	2149,65	New-York	61,63	61,82
Brüss.-Antwerp.	458,50	459,50	Paris	440,55	441,45
Christiania	998,00	1000,00	Schweiz	—,—	—,—
Kopenhagen	1131,35	1133,65	Spanien	—,—	—,—
Stockholm	1463,50	1466,50	Wien (altes)	—,—	—,—
Helsingfors	147,35	147,65	Oesterr. abgest.	18,73	18,77
Italien	283,70	284,30	Prag	85,15	85,35
London	242,75	243,25	Budapest	22,09½	22,15½

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte	
4½ % Deutsche Schatzscheine VI–IX	72,70
5 % Deutsche Reichsanl.	77.50
4 " "	68,60
3½ " "	64 90
3 " "	66.80
4 Preuss. Konsols	84,10
3½ " "	68 90
3 " "	59.90
4 Charl. Stadtanl. 89/99	91,75
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	98.—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	—.—
3 " "	—.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	92.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	92 75
4½ Dessauer Gas-Oblig.	102,—
4 " "	90,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	24,25
4 Ungar. Gold-Rente	45,25
4 Ungar. Kronen-Rente	23,75
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	85,—
Halle-Hettstedter	70,—
Schantungbahn	540.—
Allg. Lokal-Str	140.—
Gr. Berl. Str.	—.—
Magdeburger Str.-B.	113,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	—.—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	185,50
Hambg.-Südamerika	—.—
Hansa-Dampfschiff	322,—
Nordd. Lloyd	150,—
Banken:	
Bank für Thür.	183,—
Berl. Handelsges.	221.—
Comm u. Diskontobank	212.50
Darmstädter Bank	180.75
Dess. Landesbank	161 —
Deutsche Bank	298,50
Diskonto-Comm.	248,75
Dresdner Bank	215,—
Credit-Anst. Leipzig	194.—
Mitteld. Kreditbank	183.50
" Privat-Bank	215.—
Nationalbank	204,50
Oesterr. Kredit	64,—
Reichsbank	145,12
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	420.—
Akt. f. Anilin	421 50
Allgem. Elektr.-Ges.	284,—
Ammendorfer Papierf.	800.—
Anhalter Kohlenw.	549.50
Annaburger Steingut	—.—
Badische Anilin	581,75
Bergmann-Elekt.-Akt.	330.—
Berl. Masch.-Bau	356,50
Bismarckhütte	—.—
Bochumer Gußstahl	465.25
Chem. Fabrik Buckau	435,—
Chem. Griesheim	400,—
Chem. v. Heyden	422.—
Consolidation Schalke	760,—
Cröllwitzer Papierfabr	498.—
Daimler-Motoren	200,—
Deutsch-Luxemburg	311 —

Deutsch Treuhand-Ges	1030,
Deutsche Erdöl	975,
Deutsche Gasglühl.	265,—
Deutsche Kali	368,—
Deutsche Waff. u. Mun	591,—
Donnersmarkhütte	695,—
Döring u. Lehrmann	233,75
Dürkoppwerke	590,50
Elberfelder Farben	448,—
Engelbard Brauerei	371,—
Felten u. Guilleaume	526,—
Gasmotoren Deutz	288,—
Gebhardt u. Co.	364,—
Gebhardt u. König	315,50
Gelsenkirch. Bergb.	345,—
Glauziger Zuckerfbr.	614,75
Hallesche Masch.-Fabr.	278,—
Hann. Masch.	565,—
Harpener Berg	462,—
Hasper Eisen	—,—
Hirsch Kupfer	365,—
Höchster Farbw.	421,—
Hoesch Eisen u. Stahl	780—
Hohenlohe-Werke	249,50
Humboldt-Masch.	242,—
Ilse-Bergbau	686,—
Kahla-Porzellan	—,—
Kaliw. Aschersleben	358,50
Körbisd. Zucker-Akt.	950,—
Kyffhäuserhütte	300,—
Lahmeyer u. Co.	216,50
Lauchhammer	534,—
Laurahütte	338 —
Lingel. Erfurt	—,—
Linke u. Hofmann	444 50
Ludwig Loewe u. Co.	350,—
Lothringer Hütte	415,—
Mannesmannröhren	606,—
Maschinenfabr. Buckau	581,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	298,—
do. Caro Heg.	281,—
do. Kokswerke	568.—
Orenstein u Koppel	540—
Phönix-Bergb.	649.75
Rhein. Metall-Vorz.	332.50
Rhein. Stahlwerke	513,50
Riebeck. Montan	517.—
Rombacher Hütten	323,—
Rositzer Braunk.	440,—
Rositzer Zucker	395,—
Sangerhäuser Masch.	612,—
Hugo Schneider u. Co.	368,—
Schuckert u. Co.	266,—
Siemens u. Halske	—,—
Stettiner Chamotte	553,—
Stettiner Vulkan	342,—
Stollberger Zinkh.	427,—
Strals. Spielkarten	675,—
„Terra", Samen-A.-G	—,—
Thale-Eisenhütte	790,—
Triptis-Akt.-Ges.	345.—
Türkische Tabakregie	985,—
Ver. Köln-Rottweiler	398,—
Glanzstoff Elberf.	—,—
Wegelin u. Hübner	310.—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	255,—
Wittener Gußstahl	800,—
Wrede-Mälzerei	202 75
Zeitzer Masch.	780,—
Zellstoff Waldhof	490,—
Otavi-Minen	445.—

Tendenz: schwach

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	12. April	11. April
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	120–128	120–128
" kleine	110–115	110–115
Futtererbsen	95–108	95–108
Linsen	—	—
Peluschken	88–94	88–94
Ackerbohnen	100–106	95–105
Wicken	60–86	60–85
Lupinen, blaue	38–40	38–40
" gelbe	45–50	45–50
Seradella, alte	—	—
" neue	43–50	43–50
Vicia villosa	—	—
Raps	180–190	180–190
Rübsen	—	—
Leinsaat	190–220	190–220
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	48–53	48–53
Torfmelasse	40–45	40–45
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	19–21	19–21
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	20–21½	20–21½
" gebündelt	18–20	18–20
Roggen-Langstroh	20–21½	20–21½
Runkelrüben	—	—
Möhren, rote	—	—
" gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	120	117
" per April	107–118	114

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 12. April. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99–99,3 %	1575
Orig.-Hütten-Weichblei	500/505
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	640
Remelted-Platten-Zink	400
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöckchen)	2600/2650
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	2650/2700
Zinn (Banca-Straits-Billiton)	4300/4350 4250 4225
Hüttenzinn (mind. 99 %)	3900
Reinnickel (98-99 %)	4050
Antimon (Regulus)	675
Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	950
Elektrolytkupfer p. 100 kg	1786

Leipziger Notierungen.

Leipzig, den 12. April.

Chemnitzer Bankverein	204,—	Leipziger Malzfabrik	325,—
Leipziger Hypotheken-Bank	151,75	Mansfelder Kuxe	4910,—
Mitteldeutsche Privatbank	169,50	Oelsnitzer Kuxe	850,—
Cröllwitzer Papierf.	—,—	Pittler, Leipzig	346,—
Glauziger Zuckerfbr.	600,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,25	" Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	339,50	Riebeckbier	248,50
Portland-Zement	174,—	do. Vorzugsaktien	115,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	370,—	Rositzer Zuckerfabr.	394,—
Körbisdorfer Zukerf.	720,—	Rudelsburger Zementfabrik	264,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	379,—	Sachsenwerk	300,—
		Sondermann & Stier	232,—
		Stöhr & Co.	516,—
		Zimmermann, Halle	171,—
		Zimmermann, Chemnitz	260,—

★ **Schiffsverkehr auf der Saale.** Mitgeteilt von der Reederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S. Angekommen am 5. April 1921: Schlepper Nr. 577, Sr. Wagner, mit Weizen und Mais von Hamburg; Schlepper 605, Sr. Steyer/Müller mit Gerste von Hamburg; Eilfrachtdampfer „Wettin" mit Stückgut von Hamburg und Lübeck.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten i. V.: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192104131-10/fragment/page=0004